



KBV *KOMPAKT*

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 27. April 2011

Aus Berlin

Versicherte müssen für Wahltarife möglicherweise bald mehr bezahlen

Die Wahltarife der gesetzlichen Krankenversicherung könnten möglicherweise teurer werden. Denn das Bundesgesundheitsministerium hat die Regeln, nach denen die Kassen ihre Tarife kalkulieren müssen, abgeändert, was eine Kostensteigerung zur Folge haben könnte.

Bisher mussten sich Versicherte drei Jahre lang an einen Wahltarif binden. Mit dieser Bindungsfrist war es für die Kassen einfacher, die Beiträge zu kalkulieren. Die Bindungsfrist für alle Wahltarife, außer den Selbstbehalttarifen, ist nun auf ein Jahr verkürzt. „Bleibt es dabei, sind wir in der Tat gezwungen, die Tarife so sehr zu verteuern, dass sie für die Versicherten uninteressant werden“, sagte ein Sprecher des AOK-Bundesverbandes. Der parlamentarische Staatssekretär Daniel Bahr (FDP) versprach, „das Thema Halteeffekte noch einmal ausführlich zu erörtern“. „Eins ist dabei aber für uns klar. Jeder Wahltarif muss sich aus sich selbst finanzieren. Quersubventionierungen werden wir nicht dulden“, sagte er. (Handelsblatt, 21. April)

Union will Obergrenze für Maklerprovision bei der privaten Krankenversicherung

Die Bundestagsfraktion der CDU und CSU plant, die Maklerprovision bei der privaten Krankenversicherung (PKV) zu beschneiden. Die Bundesregierung prüft derzeit das Vorhaben der Union.

Versicherungsmakler bekommen oftmals 16 Monatsprämien für einen Abschluss bei einer privaten Krankenkasse, heißt es in Agenturmeldungen. „Wenn die Versicherer nicht selbst zu einer sinnvollen Regelung kommen, muss die Politik Vorgaben machen“, sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Union Jens Spahn (CDU). Er favorisiere eine Grenze von maximal zwölf, besser neun Monatsbeiträgen. Auch die PKV habe das Problem erkannt, hieß es aus Verbandskreisen. Stefan Reker, der Sprecher des PKV-Verbandes, machte klar, dass sich die Verbände an Beratungen über gesetzliche Schritte beteiligen wollen. „Eine verbindliche Regelung durch den PKV-Verband selbst ist objektiv nicht möglich, weil dies gegen das Kartellrecht verstoßen würde“, sagte er. (Agenturmeldung, 26. April)

Aus KBV und KVen

Weiterentwicklung des Gemeinsamen Bundesausschusses

Zur Förderung der demokratischen Legitimation und Transparenz des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) haben die KBV, die Kassenärztliche Bundesvereinigung und die Deutsche Krankenhausgesellschaft ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet. Hierin schlagen sie vor, die Berufung der unparteiischen Mitglieder durch das Parlament erfolgen zu lassen. Bisher erfolgt die Berufung der Mitglieder des GBA durch die Trägerorganisationen, diese sollen künftig ein Benennungsrecht erhalten. Für die Zukunft wird außerdem vorgeschlagen, das für alle Themen und Inhalte zuständige sektorenübergreifende Beschlussgremium in gleichberechtigte sektorspezifische und sektorenübergreifende Beschlussgremien aufzuteilen. In diesem Zusammenhang sollen vier sektorspezifische (stationäre, vertragsärztliche, vertragszahnärztliche

Versorgung, Arzneimittelbereich) und ein sektorenübergreifendes Beschlussgremium gebildet werden. Bisher werden nach gesetzlicher Vorgabe alle Richtlinienbeschlüsse ausschließlich in dem sektorenübergreifend angelegten Plenum getroffen. Zudem steht den auf Seiten der Leistungserbringerorganisationen zersplitterten fünf Stimmen ein monopolistischer Stimmenblock des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen mit fünf Einheitsstimmen gegenüber. Den einzelnen Ausschüssen soll künftig nur ein unparteiisches Mitglied vorsitzen. Die Anzahl der unparteiischen Mitglieder wäre von bisher drei auf fünf hauptamtliche Mitglieder zu erhöhen. Jede Trägerorganisation soll die Möglichkeit bekommen, ein solches Mitglied autonom zu benennen. Über den unparteiischen Vorsitzenden sollen sich die Trägerorganisationen einigen. Ein Beschluss wäre dann gefasst, wenn eine Bank und die drei unparteiischen Mitglieder des Gemeinsamen Bundesausschusses für den Beschluss stimmen. ([Gemeinsames Positionspapier](#))

KV-on: elektronische Gesundheitskarte – Zuschüsse und Hilfestellung für Praxen

Die elektronische Gesundheitskarte wird im Herbst eingeführt. Niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten, die rechtzeitig neue Kartenterminals bestellen, erhalten zur Einführung entsprechende Pauschalen und Hilfestellung. Der Vorstand der KBV, Dr. Carl-Heinz Müller, erklärt die Details im Thema der Woche auf KV-on. ([Video-Podcast](#))

Bayerischer Gesundheitspreis 2011: Endspurt für Bewerbungen

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns und die Vereinigte IKK verleihen am 20. Oktober 2011 den Bayerischen Gesundheitspreis, um besondere Ansätze in der ambulanten medizinischen Versorgung zu fördern. Vertragsärzte und -psychotherapeuten können sich noch bis zum 13. Mai in den Kategorien: „e-Doktor für eine bessere Patientenversorgung“, „Kooperation schafft Innovation“ und „Auch als Angehöriger gut betreut“ bewerben. Die ehemalige stellvertretende Ministerpräsidentin Bayerns, Christa Stewens, hat die Schirmherrschaft für den Preis übernommen. Als Preisgeld vergibt die Vereinigte IKK insgesamt 12.000 Euro. ([Gemeinsame Pressemitteilung der KV Bayerns und der Vereinigten IKK, 27. April](#))

Aus den Verbänden

GKV-Spitzenverband: Arztsitze dürfen weder vererbt noch verkauft werden

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) fordert, dass Vertragsärzte ihren Arztsitz nicht mehr verkaufen oder vererben dürfen. Zudem möchte der Verband, dass Niedergelassene in überversorgten Regionen einen Honorarabschlag bekommen. Mit den Plänen hofft der GKV-Spitzenverband, die Zahl der Arztsitze in Städten schrittweise abzubauen und dem Ärztemangel auf dem Land entgegenzuwirken.

Nach dem Willen des GKV-Spitzenverbandes soll die Befristung nur für die Ärzte gelten, die eine Zulassung neu bekommen. Wer heute bereits einen Arztsitz hat, würde von der eventuellen Neuregelung nicht betroffen sein.

Momentan kann jeder Niedergelassene seinen Arztsitz am Ende seines Berufslebens verkaufen oder vererben. „Damit wird der dringend nötige Strukturwandel verhindert“, sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes Johann-Magnus von Stackelberg. Nach den Plänen der GKV würden Arztsitze nach dem Berufsausstieg wegfallen.

Die KBV kritisierte die Vorschläge. Gerade vor dem Hintergrund des Ärztemangels müsse alles getan werden, damit sich mehr junge Ärzte niederlassen, so die KBV. Statt über Verbote zu sprechen, müsse es darum gehen, Anreizsysteme zu schaffen.

([Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 26. April](#); [Tagesspiegel, 26. April](#); Frankfurter Rundschau, 23. April)

Aus der Welt

Europäische Impfwoche

Das Bundesministerium für Gesundheit, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und das Robert Koch-Institut (RKI) haben anlässlich der am 23. April begonnenen Europäischen Impfwoche auf die Bedeutung von Impfungen hingewiesen. Dem RKI zufolge sind die Impfquoten bei Schulanfängern in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen oder auf hohem Niveau nahezu konstant geblieben. Trotzdem gibt es laut dem Institut noch immer Lücken, unter anderem bei der zweiten Masern-Schutzimpfung. „Die Impfbereitschaft muss weiter gefördert werden“, betonte Prof. Reinhard Burger, Präsident des RKI. Die Präventionsinitiative der KBV und Kassenärztlichen Vereinigungen bietet als zusätzlichen Service einen Flyer mit Impfkalendar an. ([Deutsches Ärzteblatt, 21. April](#); [Impfinformationen der BZgA](#); [Präventionsinitiative der KBV](#))

Außerdem

Neue Internetplattform für Patienten mit seltener Krankheit

Eine neue Website für Betroffene von seltenen Krankheiten ist an den Start gegangen. Wissenschaftler der Universität Erlangen haben die neue Internetplattform entwickelt. Die Initiative „Gemeinsam für die Seltenen“ will mit der Website www.gemeinsamselten.de den Erfahrungsaustausch zwischen Patienten, Angehörigen und Ärzte anregen. (Agenturmeldung, 26. April)

KOMPAKT- Zahl der Woche: 6

Nur sechs Prozent der gesetzlich Krankenversicherten sind mit ihrer Versicherung eher oder sehr unzufrieden. 59,5 Prozent der Unzufriedenen stören die Zuzahlungen. 50,3 Prozent der Unzufriedenen sind mit den Beiträgen nicht einverstanden. Zu diesem Ergebnis kam eine repräsentative Umfrage der GfK Marktforschung in Nürnberg. (Agenturmeldung, 26. April)

Aus dem Terminkalender

- | | |
|------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 03.05.11 –
05.05.11 | KBVMesse Versorgungsinnovation 2011
Berlin |
| 04.05.11 | Informationsveranstaltung des Kompetenzzentrums Patientensicherheit und der KVen
Weimar, 16–19 Uhr |
| 05.05.11 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 13.05.11 | Tag der Niedergelassenen 2011
Berlin |

- 13.05.11 Vertreterversammlung der KV Mecklenburg-Vorpommern
Radisson Blue Hotel Rostock, 14.30 Uhr
- 30.05.11 Vertreterversammlung der KBV
Kiel, 10 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: agromes@kbv.de, fknoeppke@kbv.de, atietjen@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>